

Kiel, 21.05.2010

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 31 + 36, Stärkung des Hochschulstandortes Flensburg, Hochschulentwicklung mit Augenmaß statt unkoordiniertes Zerschlagen von Hochschulen und Studiengängen (Drucksachen 17/523 und 17/534)

Martin Habersaat:

Wir brauchen einen Masterplan für den Wissenschaftsstandort Flensburg

Die Universität Flensburg hat nach schwierigen Zeiten wieder Tritt gefasst. Sie hat unter der Führung von Herrn Prof. Reuter ihre Hausaufgaben gemacht, und es ist vor wenigen Tagen gelungen, mit Frau Prof. Wende in großem Konsens eine neue Präsidentin zu finden. Jetzt folgen entscheidende Schritte in die Zukunft. Hoffentlich.

Die Universität Flensburg hat Ende April der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen, die die Tätigkeit der Universität Flensburg evaluieren soll, einen umfangreichen Selbstreport vorgelegt. Sie hat in diesem Dokument, wie ich finde, **realistische Perspektiven aufgezeigt**, die – das ist besonders hervorzuheben - nicht von unerfüllbaren Prämissen seitens des Landes ausgehen. Den Tenor bildet nicht der Ruf: „Gebt uns mehr Geld“, sondern der Ruf: „Lasst uns arbeiten!“

Die Hochschule sieht nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Möglichkeit, **mehr Drittmittel einzuwerben**. Im Mittelpunkt steht eine Reorganisation in vier ähnlich große und funktionale Fachbereiche, die operativ groß genug sind, um die Lehrerausbildung und die anderen Ausbildungsgänge zu sichern. Wir können heute keine abschließende Bewertung dieses Konzepts vornehmen. Jetzt ist die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen am Zug, die ja auch vom Land beauftragt wurde. Welche

Folgen hätte es für den Hochschulstandort Schleswig-Holstein, wenn dort erst ein Gutachten bestellt, dann aber dessen Erstellung nicht mehr abgewartet würde? Oder folgt der Wirtschaftsminister dem Motto: „Was interessiert mich ein Gutachten, wenn ich eine Meinung habe?“

Die SPD geht davon aus, dass die Universität Flensburg nur dann eine gesicherte Zukunftsperspektive hat, wenn sie **ein vielfältiges Lehrangebot** bereithält, nicht aber, wenn sie den Weg zurück in die 1970er Jahre gehen und sich wieder zur Pädagogischen Hochschule zurückentwickeln soll – ein Modell, das es bundesweit kaum noch gibt. Immerhin, zur Bildungspolitik von Minister Klug würde das passen – aber das ist ein trauriges Kriterium.

Die Universität bekennt sich zur **Kooperation mit der Fachhochschule** auf dem gemeinsamen Hochschulcampus Flensburg und mit der Süddänischen Universität – darin hat sie unsere volle Unterstützung ebenso wie auch die FH den richtigen Weg geht, wenn sie mit der FH Kiel vor wenigen Tagen eine privilegierte Partnerschaft eingegangen ist.

Diese Kooperationen können natürlich nur dann funktionieren, wenn auch die inhaltlichen Voraussetzungen an der Universität erhalten bleiben. Eine Stärkung der Region Flensburg und des Landesteils Schleswig, die Interaktion von Wissenschaft und Gesellschaft im Nicht-Metropolen-Raum, wird nur möglich sein, wenn endlich Planungssicherheit einkehrt und die Konzentration auf die „niederen Lehrämter“ – ein Begriff, den ich natürlich ablehne - entfällt. **Wir brauchen einen Masterplan für den Wissenschaftsstandort Flensburg**, nicht dessen schrittweise Abschaffung.

In den vergangenen Jahren wurde viel in Flensburg investiert. Wir brauchen in Schleswig-Holstein nicht weniger, sondern mehr Studienplätze. Wobei die in Flensburg auch noch vergleichsweise kostengünstig sind. Wo es einen Nachfrageüberschuss

nach Studienplätzen gibt, ist die Eindampfung von Studienplätzen nicht die logische Konsequenz.

Wir unterstützen daher den Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, dass keine voreiligen Entscheidungen vor Abschluss der Arbeit der niedersächsischen Gutachterkommission gefällt werden dürfen. Ebenso können wir dem Antrag des SSW insoweit zustimmen, die **Eigenständigkeit der Universität Flensburg zu sichern**. Allerdings finden wir es falsch, bereits vor einem Abschlussbericht der Gutachterkommission der Uni Flensburg die Schwerpunkte festzuschreiben, zumal auch die Uni selbst in ihrem eigenen Zukunftskonzept andere Akzente setzt. Daher beantragen wir die Überweisung der Anträge in den Bildungsausschuss.

Die Zukunft der Universität Flensburg wird uns dort auch künftig regelmäßig beschäftigen. Sie ist dabei ein Element der schleswig-holsteinischen und norddeutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft, das nicht isoliert betrachtet werden kann, auf das aber ebenso wenig verzichtet werden kann.

Oder möchte die Regierung den Landesteil Schleswig ohne Universität Flensburg zum Naturschutzgebiet entwickeln? Und die Hansestadt Lübeck dann ohne Universität zum Museum? Dabei hatte es diese Regierung mit Naturschutz und Kultur bisher ja auch nicht so...